

In dieser Ausgabe

Steinkohlefinanzierungsgesetz, S. 2

Eckpunkte zum Bundesfreiwilligendienst, S. 3

Berlin intern



**Informationsschrift des
CDU-Bundestagsabgeordneten
Erich G. Fritz
für den Wahlkreis Dortmund**



40 Jähriges Jubiläum der Städtebauförderung im Jahr 2011

Städtebauförderung eine Erfolgsgeschichte

Seit Beginn der Investitionen für den Städtebau im Jahr 1971 konnten in der Bundesrepublik mit circa 13,5 Mrd. Euro Bundesmitteln fast 6.400 Maßnahmen gefördert werden. Damit hat der Bund in erheblicher Weise zur Beseitigung städtebaulicher Missstände sowie bei der Bewältigung des wirtschaftlichen, sozialen, demographischen und ökologischen Wandels in den Städten und Gemeinden - auch bei uns in Nordrhein-Westfalen - beigetragen.

Städtebauförderung auf hohem Niveau gesichert

In den letzten Wochen und Monaten hat eine intensive Diskussion über die Zukunft der Städtebauförderung stattgefunden. Dank unserer Kommunen vor Ort, die sich im gemeinsamen Austausch mit Politikern für eine Wiederaufstockung der Städtebauförderung eingesetzt haben, ist es in der abschließenden Beratung des Deutschen Bundestages für den Bundeshaushalt 2011 gelungen, die Mittel von den ursprünglich geplanten 305 Mio. Euro auf jetzt 455 Mio. Euro anzuheben. Damit wird ein zusätzliches Investitionsvolumen in Höhe von 3,7 Mrd. Euro angestoßen. Dies schafft und sichert rund 200.000 Arbeitsplätze im regionalen Handwerk und Baugewerbe.

Fortführung des Programms „Soziale Stadt“

Die Belange der Stadtteile werden mit dem Programm „Soziale Stadt“ weiter unterstützt. Die Bundesregierung hat die neue Förderrunde des Bundesprogramms „Bildung, Wirtschaft, Arbeit im Quartier“ eröffnet, das insbesondere in wirtschaftlich und sozial benachteiligten Vierteln wirkt.

Die Bundesregierung als verlässlicher Partner im Städtebau für Kommunen

Die Wiederaufstockung ist gerade vor dem Hintergrund der erforderlichen Sparanstrengungen für den Bundeshaushalt 2011 ein deutliches Signal an die Länder und Kommunen. Der Bund bleibt weiterhin ihr verlässlicher Partner in der Städtebauförderung und ermöglicht Kommunen auch in schwierigen Zeiten notwendige Investitionen in die Stadtentwicklung. Mit den Entscheidungen der Bundesregierung wird deutlich, dass Investitionen in die Infrastruktur und Stadtentwicklung neben Bildung und Forschung einer der Eckpfeiler für die wirtschaftliche Entwicklung und den Wohlstand in unserem Land sind.

Kontakt

Erich G. Fritz MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel. (030) 227-73111
Fax (030) 227-76733
erich.fritz@bundestag.de
www.erich-fritz.de

Steinkohlefinanzierungsgesetz

Mit Unverständnis hat die CDU/CSU-Bundestagsfraktion die Pläne der EU-Kommission zur Kenntnis genommen, die staatlichen Beihilfen für die Kohleförderung im Jahr 2014 auslaufen zu lassen. Deutschland hat das Gesetz zur Steinkohleförderung erst Ende 2007 beschlossen, in dem eine Grundlage für den Ausstieg der staatlichen Dauer-Subventionierung im Jahr 2018 gelegt wurde. Ziel des Gesetzes ist der sozialverträgliche Ausstieg aus der Steinkohlefinanzierung ohne betriebsbedingte Kündigungen.

Erfolg in Brüssel

Mit unserem Koalitionspartner haben wir uns darauf geeinigt, auf allen europäischen Ebenen für 2018 zu kämpfen. Wir sind froh, dass sich die Bundesregierung in der entscheidenden Sitzung der EU-Wirtschaftsminister am 08. Dezember 2010 durchgesetzt hat. Der jüngste Kommissionsvorschlag sieht als Frist für den Ausstieg wieder den 31. Dezember 2018 vor. Für das Umdenken in der EU-Kommission war ausschlaggebend, dass dann tatsächlich Schluss mit den Beihilfen ist (grundsätzlich sind Beihilfen für unrentable Betriebe in der EU verboten). Dafür hatte die Bundesregierung die Voraussetzung geschaffen, indem Sie die „Revisionsklausel“ aus dem von den Förderländern NRW und Saarland geschlossenen 2007er Kompromiss gestrichen hat, wonach der Deutsche Bundestag den Ausstieg aus der Kohleförderung im Jahr 2012 noch einmal hätte prüfen können.

Planungssicherheit für Kohlekumpel

Steinkohle wird in Deutschland derzeit in fünf Zechen von rund 25.000 Kumpels gefördert. Für uns Parlamentarier aus Nordrhein-Westfalen war bei den Beratungen zur Kohlesubventionierung vor allem von Bedeutung, dass Planungssicherheit bei unseren heimischen Unternehmen geschaffen wurde. Sie können sich jetzt auf die vereinbarten Bedingungen einstellen und selbst den Zeitpunkt der Beendigung des Steinkohleabbaus entscheiden.

Klar ist, dass Deutschland mittelfristig aus einem subventionierten Steinkohlebergbau aussteigen muss. Im laufenden Jahr haben Bund und Länder rund zwei Milliarden Euro an Subventionen für die heimische Produktion gezahlt.

Bildungsfinanzbericht 2010

Der diesjährige Bildungsfinanzbericht, der seit 2008 im Auftrag des Bundesbildungsministeriums und im Einvernehmen mit der Kultusministerkonferenz vom Statistischen Bundesamt herausgegeben wird, führt aus, dass nie zuvor soviel in Bildung investiert wurde als 2010.

Öffentliche Bildungsausgaben steigen

Der am 01. Dezember vorgelegte Bildungsfinanzbericht weist für Bund, Länder und Kommunen 2010 ein Haushaltsvolumen für Bildung von 102,8 Mrd. Euro aus. 2010 haben die öffentlichen Bildungsausgaben damit erstmals die 100-Mrd-Euro-Marke überstiegen. Gegenüber 2009 sind das fast vier Milliarden Euro mehr. Im Vergleich zu 1995 bedeutet es eine Steigerung um mehr als 35 Prozent. Niemals zuvor hat eine Bundesregierung mehr Geld für Bildung ausgegeben und nie waren die Rahmenbedingungen für einen Bildungsaufstieg besser als heute.

Alkoholverbot bei Fahranfängern

Für Führerscheininhaber in der Probezeit und Personen vor Vollendung des 21. Lebensjahres gilt seit dem 01. August 2007 die Null-Promille-Grenze.

Studie bestätigt Erfolg des Null-Promille-Gesetzes

Eine im Dezember veröffentlichte Studie der Bundesanstalt für Straßenwesen (BASt) bestätigt den großen Erfolg des gesetzlich eingeführten Alkoholverbotes. Die Ergebnisse der BASt-Studie zeigen, dass sich die Anzahl der unfallbeteiligten Fahranfänger mit einem Blutalkoholwert von mindestens 0,3 Promille im ersten Jahr der neuen Rechtslage um 15 Prozent verringert hat. Dies entspricht 1.210 Personen. Gleichzeitig genießt das strikte Alkoholverbot bei den Fahranfängern hohe Akzeptanz: 95 Prozent erkennen es als sinnvolle Maßnahme an.

Union in ihrer Verkehrspolitik bestätigt

Auch zukünftig wird die unionsgeführte Koalition im Bedarfsfall maßvolle und zielgerichtete Regelungen vorantreiben, um die Sicherheit im Straßenverkehr zu erhöhen. Mit der Überführung des Modellversuchs „Begleitetes Fahren“ mit 17 in das Dauerrecht zum 01. Januar 2011 haben wir eine weitere wichtige Maßnahme zur Verkehrssicherheit junger Fahrer durchgesetzt.

Gesetzentwurf zum Bundesfreiwilligendienst

Nach den Beschlüssen der Parteitage von CDU/CSU und FDP zur Aussetzung der Wehrpflicht haben innerhalb der Bundesregierung die Abstimmungen des Gesetzesentwurfes zur Einführung eines Bundesfreiwilligendienstes begonnen. Ziel des neuen Dienstes, der zum 01. Juli 2011 eingeführt werden soll, ist es, zukünftig möglichst vielen Menschen einen Einsatz für die Allgemeinheit zu ermöglichen.

Eckpunkte des Bundesfreiwilligendienstes

Er soll das Freiwillige Soziale Jahr und das Freiwillige Ökologische Jahr ergänzen und gemeinsam mit den bestehenden Freiwilligendiensten durchgeführt und verwaltet werden. Der Bund fördert die Freiwilligendienste künftig mit 350 Mio. Euro pro Jahr, davon 50 Mio. Euro aus der bisherigen Förderung der Jugendfreiwilligendienste und 300 Mio. aus den bisher für den Zivildienst zur Verfügung gestellten Mitteln. Der Bundesfreiwilligendienst soll Frauen und Männern jeden Alters nach Erfüllung der Vollzeitschulpflicht offen stehen und soll in der Regel zwölf, mindestens sechs und höchstens 24 Monate dauern. Freiwillige, die älter als 27 Jahre sind, sollen sich wöchentlich für mindestens 20 Stunden verpflichten.

arbeitsmarktneutrale Ausgestaltung

Ein Einsatz im Rahmen des Bundesfreiwilligendienstes soll arbeitsmarktneutral ausgestaltet sein. Wie der Zivildienst soll auch er nicht zu einer Verdrängung oder einem Ersatz regulärer Arbeitskräfte führen, sondern allein unterstützende Tätigkeiten beinhalten. Die Einsatzbereiche der Freiwilligen, die gesetzlich sozialversichert sind, sollen neben den von den bisher besetzten Zivildienstleistenden auf andere Bereiche wie Sport, Integration, Kultur und Bildung erweitert werden.

Vergütung im Bundesfreiwilligendienst

Die Einsatzstellen sorgen für Unterkunft, Verpflegung und Arbeitskleidung der Freiwilligen. Sie zahlen für den Bund die den Freiwilligen zustehenden Taschengelder, Geldersatzleistungen und die Sozialversicherungsbeiträge. Das Taschengeld und die übrigen Leistungen werden zwischen den Freiwilligen und ihrer Einsatzstelle vereinbart.

Maßnahmepaket zur Steuervereinfachung

Der Koalitionsausschuss hat in seiner Sitzung am 09. Dezember ein zielgenaues Maßnahmepaket zur Steuervereinfachung beschlossen. Mit rund 40 Maßnahmen hat die christlich-liberale Koalition vor allem diejenigen Steuerzahler von unnötiger Steuerbürokratie befreit, die ihre Steuererklärung noch regelmäßig selbst ausfüllen. Die Steuererklärung kann künftig einfacher, schneller und papierlos erledigt werden, darüber hinaus werden die vorgelegten Vereinfachungsmaßnahmen die Gesamtbelastung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, von Familien mit Kindern und von Unternehmen senken. Allein die Unternehmen in Deutschland werden mit 4 Mrd. Euro pro Jahr an Bürokratieaufwand entlastet.

Auszug aus den gesetzlichen Neuregelungen

Der **Arbeitnehmer-Pauschbetrag** wird von derzeit 920 Euro auf 1.000 Euro angehoben. Dadurch wird die Erfordernis eines Einzelnachweises von Werbungskosten entbehrlicher als bisher.

Kinderbetreuungskosten werden heute in Abhängigkeit davon, ob sie durch die Berufstätigkeit bedingt oder privat veranlasst sind, unterschiedlich stark berücksichtigt. Dies ist für alle Beteiligten schwer handhabbar. Auf diese Unterscheidung soll künftig verzichtet werden.

Nutzt der Steuerpflichtige für den Arbeitsweg abwechselnd öffentliche und private Verkehrsmittel, sind für den Erhalt der **Entfernungspauschale** heute umfangreiche Berechnungen erforderlich, um die zutreffende Höhe der Werbungskosten zu ermitteln. Im Maßnahmepaket entfällt für den Betroffenen die Notwendigkeit, entsprechende Aufzeichnungen zu führen und im Erklärungsvordruck darzulegen.

Derzeit bestehen sieben **Veranlagungs- und Tarifvarianten für Eheleute**. Die Neuordnung des Veranlagungswahlrechtes - mit der die Varianten auf vier zurückgeführt werden - vereinfacht das Besteuerungsverfahren in der Verwaltungspraxis.

Stipendien sind steuerfrei, wenn sie unmittelbar aus öffentlichen Mitteln geleistet werden. Dies soll künftig auch für lediglich mittelbar aus öffentlichen Mitteln geleisteten Zahlungen gelten.

Arbeitsmarktpolitik der Union entfaltet volle Wirkung

Das erfolgreiche Krisenmanagement der Unionsfraktionen hinterlässt deutliche Spuren auf dem Arbeitsmarkt. Die Arbeitslosigkeit sinkt, die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten und auch die Nachfrage nach Arbeitskräften steigt.

Zahl der Beschäftigten erreicht Rekordstand

Die Zahl der Arbeitslosen sank im November um 14.000 auf insgesamt 2.931.000. Das sind 284.000 weniger als im Jahr zuvor. Die Arbeitslosenquote liegt damit bei 7,0 Prozent. Seit der Wiedervereinigung vor 20 Jahren waren noch nie so viele Menschen in Arbeit wie jetzt. Mit 40,9 Mio. Erwerbstätigen sind gut 400.000 Menschen mehr in Beschäftigung als im Vorjahr. Der Aufwärtstrend wird sich laut Expertenmeinung auch 2011 fortsetzen. Zahlreiche Volkswirte gehen von einer durchschnittlichen Arbeitslosigkeit in Deutschland von unter drei Millionen aus.

Wirtschaftsaufschwung geht weiter

Grund für die Erfolge am Arbeitsmarkt ist die gute Konjunkturerholung. Zielsetzung der vergangenen zwei Jahre war, gestärkt aus der Krise hervorzugehen. Diesem Ziel nähern wir uns eindrucksvoll. Unternehmen und Wirtschaft haben Vertrauen in den Aufschwung und in die Qualität und Verlässlichkeit der schwarz-gelben Koalition gefasst. Die Stimmung in der Wirtschaft verbesserte sich in allen großen Branchen wie dem Automobil- und Maschinenbau, dem Groß- und Einzelhandel sowie den Dienstleistern. Für dieses Jahr wird ein Anstieg des Bruttoinlandsproduktes von 3,5 Prozent erwartet.

Binnennachfrage steigt

Erfreulich ist es, das der Aufschwung nicht nur vom Export getragen wird, sondern auch die Binnennachfrage eine zunehmende Rolle spielt. Der Ifo-Geschäftsklimaindex stieg um 1,6 auf 109,3 Punkte und erreichte damit den höchsten Wert seit Beginn der gesamtdeutschen Berechnungen 1991. Auch für 2011 gehen Experten von einem Wachstum von 2,6 Prozent aus.

Reform der Regelsätze setzt neue Maßstäbe in der Sozialpolitik

Der Deutsche Bundestag hat am 03. Dezember die neuen Regelsätze für die Bezieher von Arbeitslosengeld II sowie das Bildungs- und Teilhabepaket für Kinder beschlossen. Die Koalition setzt damit drei wichtige sozial politische Zielsetzungen um. Erstens sichern die neuen Regelsetzungen die Lebensgrundlagen bedürftiger Menschen, zweitens sind die Berechnungen transparent und für jedermann nachvollziehbar und drittens erhalten erstmals sozial benachteiligte Kinder und Jugendliche eine besondere Förderung in Bildung und gesellschaftlicher Teilhabe.

Investition in die Zukunft der Kinder

Es ist der Verdienst der Union, dass erstmals für benachteiligte Kinder im Bezugssystem der sozialen Sicherung mehr für die Verbesserung von Lebenschancen und Chancengerechtigkeit getan wird. Die Koalition wird dafür über 700 Mio. Euro pro Jahr bereitstellen.

Fördern und Fordern

Die Wahrung der Zukunftschancen gilt auch für die Gestaltung der neuen Regelsätze. Die reale Lebenssituation der unteren Einkommensgruppen wird als vergleichender Maßstab herangezogen – ermittelt durch das Statistische Bundesamt auf Grundlage einer Einkommens- und Verbrauchsstichprobe. Dass die aktuelle Regelsatzsteigerung für Singlehaushalte mit 5 Euro moderat ausfällt, liegt an dem vom Verfassungsgericht angemahnten klaren Wertentscheidungen des Gesetzgebers, ob Ausgaben regelsatzrelevant sind (neu: Praxisgebühr, Internet-Downloads) oder nicht (z.B. Tabak, Alkohol, Glücksspiel, Flugreisen).

Erich G. Fritz wünscht frohe Festtage

Verbunden mit einem Dank für die gute Zusammenarbeit und für das Vertrauen, das Sie mir in diesem Jahr entgegengebracht haben, sende ich Ihnen meine besten Wünsche für ein gesegnetes und fröhliches Weihnachtsfest. Zum Jahreswechsel wünsche ich Ihnen und Ihren Familien von Herzen Gesundheit, Glück und viel Erfolg für die Zukunft.

Ihr Erich G. Fritz